Kommunalwahlprogramm 2025

Wohnen sichern. Umwelt schützen. Bus fahren.

Links wählen!

Die Linke

Stadtverband
Gronau



Spitzenkandidaten Die Linke Stadtverband Gronau (Foto: Carlos Simon)
v.l.: Lisa Beerlage, Listenplatz 3; Suat Dal, Listenplatz 2; Viktoria Weiß, Listenplatz 1

Vielfalt braucht soziale Sicherheit

Alle Menschen sind gleichwertig und haben die gleichen Grundrechte, die es zu schützen und zu verteidigen gilt. Von rechts wird derzeit ein Kulturkampf um die vermeintlich „richtige“ Familienform geführt, der die Vielfalt und Individualität der Familienstrukturen in Frage stellt. Es ist wichtig, dass alle Menschen sich in allen Lebensbereichen frei und ohne Angst vor Armut, Ausgrenzung oder Gewalt zeigen können. Die Selbstbestimmung jedes Menschen ist für uns ein unverhandelbares Grundprinzip, das wir mit aller Kraft unterstützen. Wir setzen uns für eine Gesellschaft ein, die auf Respekt, Gleichberechtigung und Inklusion basiert und in der jeder Mensch die Möglichkeit hat, sein Leben so zu gestalten, wie er es wünscht.

Bezahlbarer Wohnraum

Die Linke setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse in Gronau und Epe ein. Menschen werden ins Umland vertrieben, weil sie hier keine bezahlbaren Wohnungen finden. Daher wollen wir, dass Menschen in Gronau und Epe gut und bezahlbar wohnen können. Wir wollen, dass die Wohnungsbaugesellschaft Gronau oder die des Kreis Borken stärker gefördert wird, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden und bezahlbaren Wohnraum schafft.

Die Linke setzt sich weiterhin für den Bau von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum ein. Sie fordert daher, dass in den Neubaugebieten Mehrfamilienhäuser mit mindestens sechs bis acht Stockwerken entstehen. Die Hälfte dieser Wohnungen soll sozial vermietet werden, während die restlichen Wohnungen bezahlbar vermietet oder verkauft werden sollen. Bezahlbarer Wohnraum für Migrantinnen und Migranten sowie Menschen mit geringem Einkommen ist für eine gelungene Integration unverzichtbar.

ÖPNV und Alternativen zum Auto

Mobilität ist ein Grundrecht und darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Wir setzen uns deshalb für einen kostenlosen, leistungsfähigen und sozial gerechten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Gronau ein. Alle Quartiere und Ortsteile müssen gut getaktete Buslinien erhalten. Zur Stadtentwicklung gehört auch der Ausbau sicherer Radwege und Abstellplätze. Nur so schaffen wir echte Alternativen zum Auto, entlasten die Straßen und leisten einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz.

Wir fordern, dass Busse, das G-Mobil und alle weiteren Nahverkehrsangebote in Gronau für alle Bürgerinnen und Bürger kostenfrei nutzbar sind. Mobilität darf kein Luxus sein!
Wir wollen einen Bürgerbus mit genügend Sitzplätzen und dichter Taktung, der alle Stadtteile zuverlässig anbindet. Der Bürgerbus soll gezielt dort eingesetzt werden, wo das G-Mobil an seine Kapazitätsgrenzen stößt oder die Nachfrage besonders hoch ist.
Das G-Mobil muss so ausgebaut werden, dass Engpässe vermieden werden und auch zu Stoßzeiten genügend Fahrzeuge und Sitzplätze zur Verfügung stehen.
Wir wollen den Ausbau von Carsharing- und Bikesharing-Angeboten in Gronau vorantreiben. Diese Angebote bieten flexible, umweltfreundliche Alternativen zum eigenen Auto und ergänzen den ÖPNV sinnvoll.
An zentralen Punkten in der Stadt sollen Mobilitätsstationen entstehen, an denen Bus, Bürgerbus, Carsharing und Bikesharing gebündelt werden. So wird der Umstieg auf nachhaltige Verkehrsmittel noch einfacher.
Unser Ziel ist ein starker, kostenloser und vielfältiger Nahverkehr für Gronau, der alle Menschen mitnimmt, die Lebensqualität erhöht und die Verkehrswende vor Ort möglich macht.

Das Denkmal Rathaus

Das denkmalgeschützte Rathaus ist ein prägendes Symbol der Stadtgeschichte und verdient eine sinnvolle, zukunftsgerichtete und öffentlich zugängliche Nutzung. Während ab August 2025 am Platz des früheren historischen Rathauses ein neues Verwaltungsgebäude entsteht, wollen wir das bestehende Denkmal-Rathaus zu einem zentralen Ort für Bildung und Kultur entwickeln.

Bildung und Kultur unter einem Dach

Das Gebäude eignet sich hervorragend für eine vielfältige Nutzung und eine Unterbringung verschiedenster Bildungseinrichtungen an einem sehr zentralen Standort.

Bücherei und Stadtarchiv

Die großzügigen Räumlichkeiten bieten ideale Bedingungen für die Neugestaltung einer modernen Stadtbücherei. Hier können auch offene Lernräume untergebracht und diverse Angebote und Veranstaltungen angeboten werden. Auch das Stadtarchiv sollte hier Platz finden - als öffentlich zugängliche Dokumentationsstelle der Gronauer Stadtgeschichte.

Euregio-Volkshochschule

Die Volkshochschule soll mit ihren Verwaltungs- und Beratungsstellen ins Gebäude einziehen. Dies stärkt die Sichtbarkeit der VHS als kommunale Weiterbildungseinrichtung und schafft Verbindungen mit Bücherei und Archiv.
Gemeinsame Projekte, niedrigschwellige Bildungsangebote und eine räumliche Nähe zu anderen Kulturträgern machen das Rathaus zu einem echten Lern- und Kulturzentrum.

Stärkung der lokalen Demokratie

Das Rathaus soll ein Ort demokratischer Auseinandersetzung, offener Diskussion und kommunalpolitischer Entscheidung bleiben.

Ratssaal und Gremienräume

Der Ratssaal bleibt in seiner Funktion als zentrales Symbol der kommunalen Demokratie erhalten. Darüber hinaus sollen zusätzliche Räume für Ausschüsse, Bürgerforen und Arbeitsgruppen geschaffen werden. Modern ausgestattet, barrierefrei und offen.

Demokratie erlebbar machen

Eine kleine Cafeteria im Eingangsbereich kann als Treffpunkt für Besucher, Bürger-initiativen, Mandatsträger:innen und Verwaltung dienen. Offene Formate wie politische Lesungen oder Diskussionsrunden sollen regelmäßig stattfinden und so Demokratie für alle erlebbar machen.

Ein Haus für die ganze Stadtgesellschaft.

Das Denkmal-Rathaus soll ein offenes Haus werden – ein Ort des Austauschs, der Verständigung und der gelebten Vielfalt.

Ort der Begegnung

Das Rathaus soll Veranstaltungen für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen beherbergen:

Ausstellungen, Lesungen, Filmabende, Infoveranstaltungen und interaktive Formate wie Erzählcafés oder generationsübergreifende Projekte. Die offene Nutzung stärkt das soziale Miteinander und schafft kulturelle Teilhabe für alle.

Interkulturelle Öffnung
Das Gebäude soll auch Migrantenorganisationen, Kulturvereinen und Initiativen offenstehen. Alle Gruppen sollen die Möglichkeit bekommen, sich hier zu präsentieren, ihre Geschichten zu erzählen und das gemeinsame Leben in Gronau mitzugestalten. So wird das Denkmal-Rathaus zu einem Symbol für das neue, vielfältige Gronau.

Hausärztliche Versorgung

Die hausärztliche Versorgung in Gronau ist für die Zukunft nicht gesichert. Der Bau eines Ärztehauses mit Mietverträgen ist keine angemessene Lösung für den Mangel an Hausärzten und wird von der Linken abgelehnt. Um junge Ärztinnen und Ärzte anzulocken, müssen ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden, z. B. durch Teamarbeit, feste Arbeitszeiten und Unterstützung bei organisatorischen Aufgaben. Die Linke fordert seit Jahren ein hausärztliches Versorgungszentrum in kommunaler Hand und wird sich auch weiterhin dafür einsetzen.

Jugend in Gronau

Sichere Räume schaffen

Investitionen in öffentliche Freizeiteinrichtungen sind von großer Bedeutung, da sie jungen Menschen sichere und inspirierende Orte bieten, an denen sie sich emotional und sozial weiterentwickeln können. Solche Einrichtungen umfassen Sportanlagen, Jugendclubs und vielfältige kulturelle Angebote, die nicht nur Talente fördern, sondern auch das Gemeinschaftsgefühl stärken. Jugendliche erhalten die Möglichkeit, neue Interessen zu entdecken, ihre Fähigkeiten auszubauen und sinnvolle Freizeitaktivitäten zu gestalten. Darüber hinaus tragen diese Orte zur Prävention von sozialem Rückzug bei und schaffen Räume für interkulturellen Austausch sowie persönliche Entfaltung.

Stärkung der Jugendzentren

Städtische Jugendzentren sind entscheidend für die Förderung von Integration und Inklusion. Sie benötigen ausreichende finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal, um Programme zur interkulturellen Kompetenz und pädagogische Angebote zur Toleranz und respektvollem Miteinander anzubieten. Durch gezielte Aktivitäten und Workshops lernen Jugendliche, ihre Unterschiede zu schätzen und gemeinsam Lösungen für Herausforderungen zu finden. So schaffen Jugendzentren Räume, in denen Vielfalt gelebt und gefördert wird.

Schulen und Bildung

In der Kommune ist vielfach nur von Kita-, Schul-, VHS-Gebäuden die Rede, viel zu wenig von Bildung und den Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die in diesen Einrichtungen leben und lernen.
Das ändert die Linke: Wir nehmen Kinder, Jugendliche und Erwachsene in den Blick und verbinden die Aufgaben des „Trägers“ mit denen der Bildung, also der Entfaltung aller Fähigkeiten und Fertigkeiten von Menschen.

Grundschulen und offene Ganztagsplätze

Klassengrößen dürfen Kommunen nach der Schulgesetzänderung kommunal regeln. Dadurch entstehen in vielen Kommunen in dicht besiedelten Quartieren übervolle Klassen, wohingegen in lockerer Bebauung oftmals sehr kleine Klassen vorherrschen. Damit jedes Kind zukünftig einen Ganztagsplatz bekommt und Wartelisten der Vergangenheit angehören, sind große Anstrengungen beim ohnehin problematischen Schulbau nötig: Es braucht vielerorts Investitionen in Räume für Mittagsverpflegung und erweiterte Räume für Ganztagsangebote. Das Bundesinvestitionsprogramm wird dafür nicht ausreichen.

Die Linke fordert auf kommunaler Ebene

- sofortige Ausbauplanung für eine 100-%-Versorgung im Grundschulganztag,
- Ausbau der Ganztagsplätze und Zusammenarbeit von Sozialarbeiter:innen mit Familien,
- Suche nach neuen geeigneten Ausbaukonzepten bei Platzmangel,
- Die Klassengrößen sind auf 15 bis max. 20 Schüler:innen zu begrenzen.

Die strukturelle Unterfinanzierung des offenen Ganztags im Primarbereich führt zu einer oft minderen Qualität der Angebote für die Schüler:innen, zu Elternbeiträgen und zu prekären Arbeitsbedingungen für die Ganztagskräfte.

Sekundarstufe I und Sekundarstufe II

Eltern werden oftmals bei der Suche nach einem Gesamtschulplatz oder Ganztagsschulen abgewiesen. Daher setzen sich Linke für Elternbefragungen ein, die die kommunale/Kreis-Schulentwicklungsplanung laut Schulgesetz beeinflussen sollen.
Wir möchten mit den Eltern für eine ruhigere Verkehrssituation an den Schulen sorgen. Das Schülerparlament hat kürzlich auf den unübersichtlichen Verkehr an der Fridtjof-Nansen Realschule und an der Euregio-Gesamtschule hingewiesen. Um die Anzahl der sogenannten „Elterntaxen“ zu reduzieren, setzen wir auf einen Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs und eine Ausweitung von Schulbussen mit solidarischer Förderung für einkommensschwache Haushalte.
Viele Gymnasien und Gesamtschulen haben in der Oberstufe zu wenige Schüler:innen, um ein breit gefächertes Wahlangebot an Leistungskursen und Grundkursen aufrechtzu-erhalten, was zu einem eingeschränkten Bildungsangebot führt.

Schulen versuchen, durch Kooperation dem Problem zu begegnen, was aber zeitaufwendig ist und die Lehrkräfte und die Schulorganisation stark belastet. Die Kooperation zwischen Fächern für Projekte in mehreren Schulen ist schwierig. Daher setzt sich linke Kommunalpolitik für Oberstufen-zentren in der gymnasialen Oberstufe ein, die mehrere Oberstufen vor Ort zusammenfasst. Diese Oberstufenzentren könnten auch besser mit den Berufskollegs zusammenarbeiten.

Kindertagesstätten

Kindertagesstätten sind ein zentraler Bestandteil der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Um den Bedürfnissen von Kindern, Eltern und Fachkräften gerecht zu werden, fordern wir umfassende Verbesserungen im Bereich der Kindertagesstätten.
Das Hauptproblem in unseren Kitas ist der akute Personal- und Fachkräftemangel. Dieser Mangel führt zu einer Reihe von Schwierigkeiten:

- Bei Krankheit des Personals kommt es oft zu Ausfällen ohne Ersatz, reduzierten Betreuungszeiten und unvorhersehbaren Änderungen im Betreuungsplan.
- Die hohe Arbeitsbelastung führt zu einem Anstieg von krankheitsbedingten Ausfällen, einer hohen Fluktuation und einem Qualitätsverlust in der pädagogischen Arbeit.
- Berufstätige Eltern sind auf flexible Betreuungszeiten angewiesen. In vielen Einrichtungen jedoch gibt es starre Hol- und Bringzeiten. Diese Zeiten stimmen oft nicht mit den Arbeitszeiten der Eltern überein, was besonders für diejenigen ohne Gleitzeitmodelle problematisch ist.

Unsere Forderungen und Maßnahmen

Um die Qualität der Betreuung zu sichern und den Beruf attraktiver zu gestalten, fordern wir eine bessere Bezahlung, Vertragssicherheit, mehr gesellschaftliche Anerkennung, erleichterte Quereinstiege und eine nachhaltige Finanzierung der Kitas.
Um Eltern und Erziehungsberechtigte aktiv in organisatorische Entscheidungen einzubeziehen, setzen wir uns für regelmäßige Feedback-Runden und einen offenen Eltern-Kita-Dialog ein. Zudem fordern wir eine bessere Informationspolitik über interne Abläufe, Personalsituationen, Änderungen und pädagogische Konzepte, um Eltern stets über wichtige Entwicklungen zu informieren.

Finanzhaushalt

Gronaus Finanzhaushalt ist defizitär. Die Schuld nicht auf der Einnahmenseite, sondern auf der Ausgabenseite. Die Partei "Die Linke" fordert deshalb, dass ein hinreichender Teil des Sondervermögens für Infrastrukturen eingesetzt wird. Darüber hinaus sei es überfällig, die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen endlich zu beenden und das Konnexitätsprinzip (wer bestellt, muss auch bezahlen) auch tatsächlich umzusetzen,

wie § 104a des Grundgesetzes festlegt. Die Mehrausgaben sozialpolitischer Aufgaben, die von der Bundesregierung beschlossen wurden, ohne gleichzeitig und nachhaltig die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu verbessern, ist nicht nachzuvollziehen.

Integration

Wir setzen uns für eine inklusive und gerechte Stadt ein, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt leben und Teilhabe erfahren. Gronau ist Heimat von 102 verschiedenen Migrantengruppen. Institutionen wie der Wittekindshof spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung von Inklusion und sozialer Teilhabe. Unser Ziel ist es, die Integration dieser vielfältigen Gemeinschaften aktiv und nachhaltig zu unterstützen.

Bildung, Beteiligung und Vernetzung

Wir fordern eine stärkere Einbindung von Migrantenorganisationen in die Planung und Umsetzung von Integrationsmaßnahmen. Diese Organisationen verfügen über wertvolle Kenntnisse über die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften. Eine enge Kooperation mit Wohlfahrtsverbänden, lokalen Unternehmen und Institutionen wie dem Wittekindshof ist dafür essenziell. Sprachkurse und Bildungsangebote müssen gezielt ausgebaut und für alle, insbesondere Menschen mit niedrigem Einkommen, zugänglich gemacht werden. Berufsausbildung und Weiterqualifikation sollten auf die spezifischen Anforderungen von Migrantinnen und Migranten zugeschnitten sein, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern.

Umweltschutz

Städtische Wildnis

Die Gestaltung des öffentlichen Raumes sollte vielseitig sein. Die neue Gestaltung der Gronauer Innenstadt ist ein Negativbeispiel. Trittsteine sind notwendig, um die Artenvielfalt zu fördern, da sie Wildtieren die Möglichkeit bieten, sich zu verbreiten. In bestimmten Abständen sollten Biotope angelegt werden, damit Wildtiere entsprechend ihrer Reichweite reisen können. In Neubaugebieten sollten prozentual zur bebauten Fläche naturbelassene Flächen eingerichtet werden.
Darüber hinaus ist eine Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zwingend erforderlich, um das wahllose Fällen von Bäumen im Stadtgebiet zu verhindern. Die Zerstörung von Waldgebieten wie dem „Bruune Busch“ darf sich nicht wiederholen, auch nicht in kleinerem Umfang.

Verkehrsberuhigung

Schon in den Ortseingangsbereichen sollte der Verkehr durch Kreisverkehre und Tempo-30-Zonen entschleunigt werden. Dies führt zu einer höheren Effizienz von Kraftfahrzeugen, da weniger Luft- und Rollwiderstand entsteht. Reduzierter Reifen- und Bremsabrieb verringert die Feinstaubemissionen. Darüber hinaus fördert Tempo 30 einen ruhigeren Verkehr, indem es abruptes Bremsen und Beschleunigen reduziert.

Sozialökologischer Klimaschutz

Damit sich jeder ein klimafreundliches Leben leisten kann, müssen die finanziell Benachteiligten unterstützt werden. Dies kann durch finanzielle Hilfen für energieeffiziente Haushaltsgeräte und Beratungen zur Energieeinsparung geschehen. Klimaschutz darf kein Luxus sein.

Schottergärten verhindern

Schottergärten sind auf Dauer nicht pflegeleichter als bewachsene Vorgärten. Um Alternativen zu Schottergärten und monotonen Lebensbaum-Hecken aufzuzeigen, sollten mehr öffentliche Informationen und Hilfen bereitgestellt und Beispielflächen im städtischen Raum angelegt werden.

Feuerwerksverbot

Wir setzen uns für ein kommunales Verbot privater Feuerwerke ein. Böller und Raketen verursachen jährlich enorme Mengen an Feinstaub, Lärm, Müll und Verletzungen. Gerade an Silvester steigt die Luftbelastung sprunghaft an, was insbesondere für Kinder, ältere Menschen und Asthmatiker gesundheitsschädlich ist. Auch Haus- und Wildtiere leiden massiv unter dem Lärm.
Statt vieler unkontrollierter Feuerwerke wollen wir geordnete, sichere und klimafreundlichere Alternativen ermöglichen. Die Feuerwehr der Stadt Gronau kann – wie bereits bei der zweimal jährlich stattfindenden Kirmes – auch zu Silvester ein zentrales Feuerwerk veranstalten. So schaffen wir ein gemeinschaftliches Erlebnis für alle, bei gleichzeitig deutlich reduzierter Umwelt- und Lärmbelastung.

Die Stadt als Arbeitgeber

Die Stadt Gronau muss sich aktiv als attraktiver Arbeitgeber positionieren und gezielt in Aus- und Weiterbildung investieren. Personalgewinnung durch eigene Entwicklungsmaßnahmen stärkt Fachkompetenz und fördert langfristig die Qualität der Arbeit. Gutachten und Beratungsleistungen sollten verstärkt im eigenen Haus erfolgen, um Kosten zu senken und das interne Know-how auszubauen.

Für Gronau.
Für Sie.
Für Alle.

Am 14. September
Die Linke wählen!

Die Linke

Stadtverband
Gronau

Impressum:

Partei Die Linke Stadtverband Gronau

Ochtruperstraße 64, 48599 Gronau